

HANS-GEORG TROST

Die Eigentumsfrage in der Programmdebatte der PDS

Seit Beginn der programmatischen Debatte spielt die Frage nach der Position der PDS zum Eigentum im demokratischen Sozialismus so wie zum Weg dahin permanent eine große Rolle.

Für viele ist die Charakterisierung des Eigentums an den Produktionsmitteln in der gesellschaftswissenschaftlichen Lehre des realen Sozialismus noch in Erinnerung, deren Kerngedanke vereinfacht und extrem zusammengefaßt in folgendem besteht: Der Sozialismus als erste oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist durch sozialistische Produktionsverhältnisse charakterisiert, deren Kern die sozialistischen Eigentumsverhältnisse bilden. Sozialistisches Eigentum an Produktionsmitteln existiert in zwei Formen – als gesamtgesellschaftliches Volkseigentum (höhere Form – in der DDR vor allem VEB und VEG), das staatlichen Charakter trägt (Eigentümer ist der Staat), und als genossenschaftliches Gemeineigentum werktätiger Kollektive (niedere Form – in der DDR beispielsweise LPG, PGH, GPG, PwF). Die Reste an Privateigentum spielten in den 80er Jahren nur noch eine untergeordnete Rolle, von denen wir annahmen, daß sie sich bald überlebt haben würden. In der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft existierte gemäß dieser Lehre nur noch das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum (nicht mehr staatlichen Charakters), wobei das genossenschaftliche Eigentum allmählich in das gesamtgesellschaftliche hinübergewachsen sei. Entstanden war der wichtigste (und größte) Teil des Volkseigentums (die »Kommandohöhen« oder »Schlüsselpositionen« der Volkswirtschaft) in einem Prozeß sozialistischer Nationalisierung am Beginn der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Regel durch die zwangsweise und entschädigungslose Enteignung kapitalistischer Privateigentümer, während das genossenschaftliche Eigentum danach durch (mehr oder weniger) freiwilligen Zusammenschluß von Einzelbauern und Handwerkern – in der Regel also von einfachen Warenproduzenten – in einem schrittweisen und allmählicheren Prozeß erfolgte. Weder in der Praxis noch in der damaligen Theorie kam auch nur die Möglichkeit der Entwicklung von Elementen sozialistischen Eigentums im Kapitalismus in Betracht. Vielmehr wurde die Notwendigkeit einer besonderen Übergangsperiode damit begründet, daß im Unterschied zum Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus *keine* Keime oder Elemente der neuen Ordnung im Schoße der alten entstehen könnten. Während sich erst nur zwei Ausbeuterordnungen ablösten, die beide auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhten (und insofern

Hans-Georg Trost – Jg. 1940; Prof. Dr. sc. oec.; Studium Ingenieurökonomie der Metallurgie an der Bergakademie Freiberg, dort Assistent und Dozent im Bereich Politische Ökonomie; 1980 bis 1991 als ord. Professor für politische Ökonomie, zuletzt für Volkswirtschaftslehre, an der ehemaligen TH Zittau tätig. Publikationen zu theoretischen Grundfragen der Reproduktionstheorie und zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen.

Vgl. zum Beispiel: Hans Luft, Harry Nick, Gerhard Schulz: Die sozialistischen Produktionsverhältnisse, Berlin 1987.

einander ähnlich waren), sei das nunmehr nicht möglich, weil sozialistisches und kapitalistisches Eigentum so grundverschieden seien, daß sie nicht nebeneinander existieren könnten; Versuche der Herausbildung sozialistischer Eigentumsformen oder auch nur von Keimen eines solchen im Kapitalismus würden von der Staatsmacht und der kapitalistischen Wirtschaft verhindert: Die sozialistische Revolution müsse darum mit der Errichtung der politischen Macht (Diktatur des Proletariats) beginnen und könne erst danach in einer besonderen Übergangsperiode die ökonomische Macht aufbauen. Ein anderes Herangehen im Denken und Handeln wurde als Reformismus sowie als Konzept des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus bewertet, dem kein Erfolg beschieden sein könne. Soweit die diesbezüglichen Grundaussagen der früheren Lehre in verknappter Form.

Die Eigentumsfrage in der ersten Programmdiskussion

Den Beginn der programmatischen Debatte und des Befassens mit der Eigentumsfrage in der PDS zu datieren, ist schwierig. Im Grunde oder im *weiteren* Sinne findet die programmatische Debatte so lange statt, wie diese Partei existiert und sich entwickelt. Sie ist also ein *permanenter* Prozeß, der *vor allem*, aber *nicht nur* mit der Zielsetzung der Erarbeitung sowie Beschlußfassung eines konkreten Programms geführt werden sollte. *Einerseits* geht es ständig darum, daß sich alle Mitglieder der programmatischen Leitlinien der Partei bewußt sind bzw. immer bewußter werden und ihr einheitliches Handeln davon ableiten. In diesem Sinne sprechen wir oft von einer Identität stiftenden Funktion des Parteiprogramms sowie der Auseinandersetzung mit seinem Inhalt. *Andererseits* aber ist es eine anerkannte Tatsache, daß sich die gesellschaftliche Welt ständig entwickelt oder verändert und folglich auch der Erkenntnisprozeß über sie und damit erst recht die Schlußfolgerungen, die die Partei für ihr Handeln daraus ziehen kann/soll/muß, nie abgeschlossen sein kann. Insofern kann auch ein Parteiprogramm nie absolut perfekt sein.

Im *engeren* Sinne wurde die jetzt laufende programmatische Debatte auf der 1. Tagung des 6. Parteitagess im Januar 1999 in Berlin angestoßen und von da an mit der Zielsetzung geführt, das 1993 beschlossene und jetzt gültige Programm zu überarbeiten bzw. zu einem neuen Programm zu kommen. Die einzelnen interessanten Abschnitte dieses Prozesses kann ich hier nicht darstellen, hervorzuheben ist aber vor allem nach einem Fragespiegel (Juni 1999) und den Thesen der Programmkommission (November 1999) der von Brie/Brie/Klein erarbeitete und von der Parteivorsitzenden im April 2001 vorgestellte Entwurf. Dieser wurde der Beschlußlage des Dresdener Parteitags vom Herbst 2001 gemäß in überarbeiteter Fassung am 25. Februar 2003 auf einer Programmkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt, um ihn nach gründlicher Diskussion an der Parteibasis und mit Interessenten auch außerhalb der PDS auf dem Chemnitzer Parteitag zur Beschlußfassung zu führen.

Bereits das auf dem Wahlparteitag am 25. Februar 1990 – also wenige Wochen nach der Gründung der PDS – beschlossene Parteiprogramm spricht sich ausdrücklich zur Eigentumsfrage aus. Es heißt dort: »Als Partei, die sich der sozialen Sicherheit ... verpflichtet fühlt, sind wir für ein marktwirtschaftliches Konzept,

Partei des Demokratischen Sozialismus – Dokumente, Standpunkte, Materialien (Auswahl) Januar bis Mai 1990, Berlin 1990.

Partei des Demokratischen Sozialismus – Programm und Statut, Berlin 1998.

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – überarbeiteter Entwurf, Presse- und Informationsdienst der PDS, 9/2003.

- das die Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit unseres Volkes nicht preisgibt und in dem auch das gesellschaftliche Eigentum einen gewichtigen Platz hat;
- das vielfältige Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln entfaltet, ihnen gleiche Wettbewerbschancen einräumt.

Wir treten dafür ein, daß das gegenwärtige staatliche Eigentum durch die reale Verfügung der Produzenten über die Mittel und Ergebnisse der Produktion zu wirklichem Volkseigentum wird. Die Beschäftigten sollen durch Gewinnbeteiligung und andere Formen an den wirtschaftlichen Ergebnissen der Betriebe interessiert werden.« (1990, S. 10)

An anderer Stelle des gleichen Programms heißt es, bezogen auf die Agrarproduktion: »Wir sind vor allem für

- LPG, GPG, VEG und andere Genossenschafts- und Betriebsformen...

- die Unantastbarkeit des Eigentums an Grund und Boden und der Bodenreform. Für den Grundsatz der Gemeinnützigkeit der Bodennutzung und gegen jegliche Spekulation mit Grund und Boden...« (1990, S. 12).

Wenige Wochen später wurden Grundpositionen der PDS zur Wirtschaftspolitik veröffentlicht, wo zum Gemeineigentum, bezugnehmend auf dieses Programm gesagt wird: »Entsprechend unserem Programm treten wir dafür ein, daß auch künftig unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Gemeineigentum (gesellschaftliches Eigentum) gleichberechtigt und chancengleich mit anderen Eigentumsformen existiert und durch die Verfassung rechtlich geschützt wird.« (1990, S. 59). Es folgen dort Forderungen der PDS auch in Richtung der Treuhandanstalt, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.

Es wird ersichtlich: Bereits das erste Programm der PDS von 1990 orientiert auf die *Koexistenz und Gleichberechtigung* (»gleiche Wettbewerbschancen«) verschiedener Eigentumsformen und auf soziale Orientierung jeglicher Produktion.

Die Eigentumsfrage im Programm von 1993

Das derzeit gültige Programm der PDS wurde im Januar 1993 von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS beschlossen und sagt zur Eigentumsfrage: »Bei allen Meinungsunterschieden gehen wir gemeinsam davon aus, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden muß. Eine Vielfalt der Eigentumsformen – private, genossenschaftliche, kommunale und staatliche – ist in den Dienst der Bedürfnisse der Menschen und der Erhaltung ihrer natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu stellen. Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum zu erreichen ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß.« (1993, S. 8)

Auch hier ist die Koexistenz verschiedener Eigentumsformen und ihre soziale Orientierung auf die Bedürfnisse – *wiederum* – ausgesprochen. In Frage gestellt wird – *neu* (!) – bereits explizit, ob die Umwandlung (privatkapitalistischen Eigentums) in Gemeineigen-

Partei des Demokratischen Sozialismus – Dokumente, Standpunkte, Materialien, a. a. O.

Partei des Demokratischen Sozialismus – Programm und Statut, Berlin 1998.

»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« (Art. 14 GG)

tum – zum Beispiel (so nicht ausgesprochen) durch Verstaatlichung – oder die Vergesellschaftung der Verfügung über die Eigentumsobjekte – zum Beispiel (so auch nicht ausgesprochen) durch die Durchsetzung des Prinzips der Sozialpflichtigkeit gemäß Artikel 14 (2) GG entsprechend – bestimmend sein soll.

Der im April 2001 von Brie/Brie/Klein erarbeitete und von Gabriele Zimmer vorgestellte Programmentwurf enthält wie auch die derzeit vorliegende und zur Diskussion gestellte überarbeitete Fassung wesentlich weiter entwickelte und auch ausführlicher formulierte Gedanken zur Eigentumsfrage. In Rede ist vor allem der Abschnitt I/2 beider Dokumente.

Die Kernaussagen zum Eigentum

Im folgenden soll versucht werden, inhaltliche Kernaussagen zu erläutern, wobei auch Gedanken aus der von Michael Brie, Dieter Klein und Michael Chrapa verfaßten Broschüre *Sozialismus als Tagesaufgabe* genutzt werden. Diese Veröffentlichung stellt einerseits eine Reaktion auf Diskussionen zum 2001 publizierten Programmentwurf dar; sie enthält darüber hinaus zugleich Erläuterungen einer Vielzahl von Gedanken. Dadurch wird der Hintergrund, das Motiv mancher Aussage deutlich gemacht. Und schließlich ist in den Beiträgen von Brie und Klein eine sachliche und konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit Elementen der früher als ML ausgegebenen Lehre und folglich ein Ansatz für eine zeitgemäße Gesellschaftstheorie enthalten. Diese Broschüre kann darum als wichtige Hilfestellung für die programmatische Diskussion verstanden werden.

Bevor ich wichtige Aussagen zur Eigentumsfrage im (überarbeiteten) Programmentwurf zu kommentieren versuche, sei zweierlei vermerkt, was m. E. keineswegs nur Formfragen sind:

1. Die vor allem im Abschnitt I/2 befindlichen und diesen Abschnitt inhaltlich bestimmenden Aussagen zum Eigentum sind um ein Vielfaches umfangreicher als im geltenden Programm, schließen diese Gedanken in sich ein und stellen zugleich eine wesentliche Weiterentwicklung dar.

2. Die Platzierung der Aussagen unter die Überschrift »Unser sozialistischer Weg« macht deutlich, daß – wie auch in Diskussionsbeiträgen verlangt (vgl. Christoffers, Trost) – die »Eigentumsfrage als Grundfrage sozialistischer Bewegung« (S. 5) aufgefaßt wird. Die Veränderung der gegebenen Eigentumsverhältnisse der gegenwärtigen Gesellschaft im demokratisch-sozialistischen Sinne wird damit als Schlüsselfrage sozialistischer Veränderungen angesehen und auch so dargestellt. Die Aussagen zum Eigentum machen den Hauptinhalt dieses Abschnitts aus.

Für die inhaltliche Diskussion sollen folgende Thesen hervorgehoben werden:

1. Es wird nicht *schlechthin* von Eigentum, auch nicht mehr – wie früher üblich – vom Eigentum an Produktionsmitteln gesprochen. Es handelt sich hier nicht »primär um eine Frage der Rechtstitel, sondern um eine Frage der realen Verfügung über *wirtschaftliche Machtressourcen*« (S. 5 – Hervorhebung H.-G. T.). Darin ist einerseits die Anerkennung (und nicht wie häufig kritisiert: eine Unterschätzung oder Abwertung) der Bedeutung der *juristischen Form* des Eigen-

8 Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heft 36, Berlin 2002.

tums enthalten, die gerade im Rechtsstaat die praktische Funktion des Eigentums sichern hilft. Andererseits wird deutlich gemacht, daß *wesentlicher* die mit seiner Hilfe ausgeübte reale *wirtschaftliche Macht* ist, die zu *Herrschaft* werden kann. Es bleibt also konsequent bei der Aussage, daß es sich beim *Eigentum um ein zwischenmenschliches Verhältnis* und nicht um eine Beziehung zu Dingen handelt.

2. Ferner wird der Gegenstand des Eigentums (das Objekt, wober verfügt wird) mit dem Begriff *wirtschaftliche Machtressourcen* gegenüber bisher: Produktionsmitteln – Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln – wesentlich ausgeweitet. Wirtschaftliche Machtressourcen schließen vor allem unter dem Aspekt des heutigen Kapitalismus, dessen Produktion immer stärker durch Informations- und Kommunikationstechnologien geprägt wird, auch Wissen, Information, Patente, Lizenzen bis hin zu Geschäftskonzepten ein oder selbst Anrechte auf Ausbeutung und Belastung der Natur, womit Elemente der Natur zum Gegenstand von Eigentumsverhältnissen werden. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen, die sich zum Beispiel aus der sich jetzt immer mehr durchsetzenden Nutzung von Gentechnologien ergeben, sind kaum absehbar. (4, S. 113 ff; evtl. müßte darüber nachgedacht werden, auch den bisherigen Begriff der Produktionsmittel diesbezüglich auszudehnen bzw. zu erweitern.)

3. Die bereits in den bisherigen programmatischen Dokumenten vertretene *Pluralität* der Eigentumsformen ist in mehrfacher Hinsicht ausgebaut: a) Es wird die *gleichberechtigte Förderung jeder Eigentumsform* dem Kriterium gemäß vertreten, wie sie »die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen des menschlichen Lebens erleichtern.« (S. 5) Im umgekehrten Falle sollen sie eingeschränkt werden. b) Zu den Eigentumsformen wird auch *differenziert* ausgesagt: 1.) Es geht ausdrücklich um »die Bewahrung des *öffentlichen Eigentums* und seine Ausweitung« (S. 5); die fortschreitende Privatisierung – ein Markenzeichen neoliberaler Wirtschaftspolitik – wird abgelehnt. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß gerade in Zeiten extremer Finanznot Kommunen oft regelrecht genötigt werden, öffentliches Eigentum zu veräußern. Bereits das Durchdenken und Anwenden dieses einen programmatischen Gedankens unter den konkreten Bedingungen durch die PDS-Stadt- und Gemeinderäte macht den praktischen Gebrauchswert dieses Entwurfs offenkundig. (In Zittau hatte ich Anlaß und Gelegenheit, unsere PDS-Stadtratsfraktion mit Hilfe dieser programmatischen Aussage zu beraten.) 2.) Die Verfügungsgewalt über das am meisten konzentrierte *kapitalistische Privateigentum* (einschließlich scheinbar anonymer Finanzfonds) soll verstärkt sozialen Kriterien unterworfen werden. Das soll erfolgen durch »Widerstand gegen Deregulierung, Selbstentlassung der Wirtschaftseinheiten aus sozialen Verpflichtungen, durch sozialstaatliche und umweltpolitische Regelungen, durch Steuer-, Struktur und Forschungspolitik, durch mehr Einfluß von Gewerkschaften und Betriebsräten, vom Kommunen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen« (S. 5). 3.) Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß sich die PDS für die Stärkung des *genossenschaftlichen Eigentums* einsetzt.

4. Wie bereits in den Vorgängerprogrammen werden weder (auch nicht durch eine »Hintertür«) die Beseitigung des kapitalistischen

Artikel 15 des Grundgesetzes ist mit »Sozialisierung« überschrieben und lautet wie folgt: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinschaft überführt werden.« (Art. 15 GG) »Der Begriff Soziallogik wird hier als ein *Arbeitsbegriff*

eingeführt, nicht als fertige theoretische Kategorie. Er deutet darauf hin, daß der Tendenz zur Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Kapital und dessen Verwertungslogik eine andere Tendenz ... entgegenwirkt, ein Anwachsen sozialer und emanzipatorischer Ansprüche und ihrer Verwirklichung.« (Dieter Klein: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt, in: Brie/Chrapa/Klein, a. a. O., S. 86).

In der konstruktiven Diskussion auf dem Kolloquium in Leipzig am 12. April 2003 wurde u.a. folgender Gedanke geäußert: Bei der Charakterisierung der Haltung der PDS zu verschiedenen Eigentumsformen fehlt bisher eine Position zum Eigentum der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der »kleinen« Selbständigen. Sie stellen einen großen Personenkreis dar und sind sowohl für die Sicherung von Arbeits- als auch von Ausbildungsplätzen von Bedeutung. In der Regel sind sie durch geringen Eigenkapitalanteil und hohe Kreditbelastung charakterisiert und darum stark von Banken und Lieferbeziehungen auch von Konzernen abhängig. Bei ihnen wirkt die von dort ausgehende Profitdominanz auf ganz andere Art. Auch weil dieser Personenkreis in besonderer Weise einen Bündnispartner für die PDS darstellt, ist zu überlegen, ob eine Passage zu dieser Eigentumsform bei der weiteren Überarbeitung des Programms ergänzt werden sollte.

Privateigentums noch die Verstaatlichung gefordert. Vielmehr geht es im Kern darum, die aus dem Grundgesetz geforderte *Sozialpflichtigkeit/Gemeinwohlpflichtigkeit* – und zwar bezogen auf jegliche Eigentumsform – durchzusetzen. Daß die PDS sich auch diesbezüglich auf das Grundgesetz bezieht, es anerkennt, durchsetzen und verteidigen will, wird gelegentlich als Akzeptanz/Anerkennung der gegebenen Verhältnisse durch die PDS angesehen. Aber *einerseits* will die PDS das Grundgesetz gegen Angriffe verteidigen, die die derzeit schon oder noch existierende Eigentumspluralität einschränken: Wenn zum Beispiel der stellvertretende FDP-Vorsitzende Brüderle die Aufhebung der Sozialisierungsmöglichkeit (Art. 15) fordert, wird der praktische Gebrauchswert und die Aktualität dieser programmatischen Forderung offensichtlich. Kern der Bezugnahme auf das Grundgesetz ist *andererseits* aber auch, daß die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit gegenüber *jeder* Eigentumsform oder -art der Profitdominanz, dem entscheidenden Merkmal kapitalistischen Privateigentums, entgegenwirkt, sie abschwächt. Dieter Klein spricht in diesem Zusammenhang von einer Soziallogik, die der Kapitallogik entgegengesetzt, wirksam gemacht wird (S. 86 ff). Das kann konkret erfolgen durch mehr *Wirtschaftsdemokratie* – mehr Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften –, *Steuer- und Abgabengesetzgebung* (Vermögensteuer, Vermögensabgabe, Erbschaftsteuer, Abgaben in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Leistung, also in Abhängigkeit der Nettowertschöpfung, Tobinsteuer, Verhinderung der Steuerflucht), stärkere Wahrnehmung der *staatlichen Aufsicht* gegenüber Banken, Versicherungen und Finanzunternehmen und weitere konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen (vgl. S. 138 ff). Das erfolgt bereits in Ansätzen heute, wenn auch meist zugunsten des Profits. Das offenbart aber, daß auch im realen Kapitalismus die Profitdominanz wohl überwiegt, das Profitstreben aber nicht ausschließlich ist. Daraus kann gefolgert werden, daß es eine realistische programmatische Forderung ist, durch Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses dieser *Kapitallogik* mehr und mehr zu widersprechen, sie einzuschränken und sie schrittweise durch eine *Soziallogik* zu ersetzen. Auf diese Weise könnte die Haupteigenschaft kapitalistischen Eigentums, die Profitdominanz, eingeschränkt werden. Die Verfügung über Wirtschaftsressourcen würde dann nicht mehr *nur* kapitalistischen Charakter tragen, sie würde *erste Elemente* sozialistischen Charakters er/enthalten. Mit anderen Worten: Damit würde zugleich der kapitalistische *Charakter des Eigentums* eingeschränkt, es erhielte erste sozialistische Züge. Klein spricht in diesem Zusammenhang von einer Erosion des privatkapitalistischen Eigentums (S. 124). Dieser Prozeß ist sicher kein friedliches, harmonisches oder stetiges Hinüberwachsen der einen in die andere Eigentumsform (und schließlich in die sozialistische Gesellschaft), sondern ein widerspruchsvoller Prozeß, in dem jeder Fortschritt dem Kapital in harter Auseinandersetzung abgerungen werden muß und der sicher nicht geradlinig nur nach vorn oder oben verlaufen wird. (Es sei nur an die Widerstände gegenüber den Vorschlägen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer erinnert.) Er offenbart aber zugleich die *prinzipielle Möglichkeit*, bereits in der kapitalistischen Gegenwart Elemente oder Keime des demokratischen Sozialismus

herauszubilden, ihn als Tagesaufgabe zu verstehen (vgl. den Titel der erwähnten Broschüre), was schließlich auch eine Revision von bisher herrschenden theoretischen Sätzen, zum Beispiel zum Übergang zum Sozialismus, bedarf.

Es muß hier auf eine tiefere Analyse der vielen in der umfangreichen Diskussion geäußerten Gedanken verzichtet werden – es war mir auch nicht möglich, sie vollständig zu verfolgen. Ohne eine umfassende Wertung der anderen Programmentwürfe (Balzer/Lieberam/Menzner/Wolf einerseits und Köhne/Brakebusch andererseits) vornehmen zu wollen und zu können, erkenne ich in den dort zur Eigentumsfrage explizit geäußerten Gedanken keinen grundsätzlichen Widerspruch zu denen in den eben betrachteten Dokumenten, wenngleich sie diesbezüglich nicht an das wissenschaftliche Niveau und die weitreichenden Konsequenzen der Aussagen des eben ausgewerteten Entwurfs heranreichen. Im erstgenannten alternativen Vorschlag wird auch die Pluralität von Eigentumsformen ausdrücklich als möglich angesehen und vor allem die Begrenzung der Konzentration des Privateigentums gefordert. Auch ist beiden alternativen Entwürfen gemeinsam, daß sie keine Rückkehr zur Verstaatlichung der Produktionsmittel verlangen.

Demgegenüber wertet das Minderheitenvotum von Heuer und Wolf, das unmittelbar im Zusammenhang mit der Verabschiedung des überarbeiteten Programmentwurfs Ende Februar 2003 veröffentlicht wurde, die in den »offiziellen« Entwürfen entwickelten Vorstellungen zur Zurückdrängung der Profitdominanz und zur Anreicherung sozialistischer Elemente in der Verfügung über Produktionsmittel als »jedenfalls nichts Sozialistisches« ab. Sie schreiben: »Statt von Beseitigung der Dominanz des Privateigentums ist immer wieder nur von der Beseitigung der Dominanz des Profits die Rede, von der notwendigen Abschwächung der Kapitalverwertungsinteressen ...« (S. 4) Vorstehende Aussagen widerlegen aber diesen Einwand.

Bei allen Meinungsunterschieden, offen stehenden Einzelfragen und noch weiter zu erwartenden Vorschlägen ist bereits jetzt erkennbar, daß die in der programmatischen Debatte der PDS – insbesondere in dem derzeit zur Diskussion gestellten Entwurf – geäußerten Gedanken eine wesentliche wissenschaftliche und politische Bereicherung zur Eigentumsfrage darstellen. Das gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß die weitere Diskussion zu einem guten neuen Programm führt, mit dem die PDS in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit unseres Landes wieder eine größere Rolle spielen kann.

Ein bisher unbeachteter Ansatz hierfür findet sich bei Karl Marx: Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Band 17, S. 343.

Der vorliegende Beitrag zitiert das derzeit gültige Programm der PDS richtig. Ein fehlerhaftes Zitat bei einer Veröffentlichung im Internet war Anlaß für Prof. Dr. Detlef Joseph, gegen von mir gezogene Schlußfolgerungen zu polemisieren. Dem Leser dieses Beitrages soll das nicht verschwiegen werden. In meiner Entgegnung habe ich aber betont, daß ich selbst aus dem richtig gestellten Zitat keine inhaltlich anderen Schlußfolgerungen ziehe.

Uwe-Jens Heuer/Winfried Wolf: Minderheitenvotum zum Programm der PDS (überarbeiteter Entwurf vom 17. 2. 2003), Berlin (als Umdruck auf der Programmkonferenz verteilt, auch unter pds-online/programm publiziert).

Vgl. Sahra Wagenknecht: Welche Aufgaben hat ein Programm einer sozialistischen Partei?, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 536-542.